

Protokoll zur Veranstaltung des Pflegebevollmächtigten „Stärkung der Bewohnervertretungen in der Langzeitpflege“

- Datum: 23. Oktober 2019
- Ort: Räumlichkeiten des GKV-Spitzenverband, Reinhardtstraße 28, 10117 Berlin
- Moderator: Martin von Berswordt-Wallrabe

1. **Begrüßung:** *Staatssekretär Andreas Westerfellhaus, Bevollmächtigter der Bundesregierung für Pflege*

Staatssekretär Andreas Westerfellhaus betont die Bedeutung der Bewohnervertretungen für die Menschen in stationären Einrichtungen der Langzeitpflege. Diese sind bei aller berechtigten Diskussion über Qualität und Kosten vor allem auch Orte des Wohnens und des Lebens. Zum Leben, zur Lebensqualität gehört aber auch, dass man die Bedingungen des Lebens mitgestalten kann.

Auftrag der Bewohnervertretungen ist es dabei, die Interessen der Heimbewohner gegenüber der Einrichtung und ihren Mitarbeitenden zu vertreten sowie Mitbestimmung, Teilhabe und Lebensqualität zu sichern. Das ursprüngliche Gesetzgebungsverfahren sagte dazu: Bewohner sollten nicht das Gefühl haben, „nur noch betreut und verwaltet“ zu werden.

Westerfellhaus betont, dass es von immenser Bedeutung für die Lebensqualität der Bewohner ist, dass die Bewohnervertretung ihre Aufgaben erfüllt. Denn sie trägt dazu bei, dass auch die stationäre Pflegeeinrichtung ein „Zuhause“ wird.

Der Auftrag der Bewohnervertretungen reicht dabei von der Verpflegung bis hin zum Heimentgelt. Die Arbeit ist damit oft fachlich, aber auch menschlich schwierig, vielschichtig, konfliktträchtig – eine Herausforderung. Und das vor dem Hintergrund, dass auch die Position der Bewohnervertretungen oft nicht so stark und unabhängig ist, wie sie sein sollte.

Die heutige Veranstaltung ist die erste zu diesem Thema und in diesem Rahmen. Dazu wurden die Bewohnervertreter aller Einrichtungen in Deutschland eingeladen und die Resonanz war sehr groß. Bewohnervertretungen aus dem ganzen Bundesgebiet sind auf der Veranstaltung anwesend und viele der verschickten Fragebögen wurden ausgefüllt zurückgesandt. Westerfellhaus bedankt sich für das Engagement und die vielen Hinweise.

2. Moderiertes Gespräch mit Bewohnervertretungen - Erfahrungen aus der Praxis:

Teilnehmerinnen: Frau Liddy Lässig, Bewohnervertretung als Bewohnerin; Frau Monika Dröger; Bewohnervertretung als Angehörige

Frau Lässig und Frau Dröger berichten von ihrer Arbeit als Bewohnervertretungen. Insbesondere unterstützen sie Bewohner, die Schwierigkeiten beim Übergang in ein Pflegeheim haben. Diese reichen von der einfachen Orientierung im Pflegeheim, bis hin zur Aufgabe des Familienlebens und der individuellen Gewohnheiten und der Gewöhnung an die Heimstruktur (Essenszeiten, Wäscheabgabe, Arztbesuche etc.).

Als problematisch bei der Arbeit als Bewohnervertretung wird gesehen, wenn die Einrichtungsleitung und die Fachkräfte vor Ort zu wenige Informationen über die Aufgaben der Bewohnervertreter und ihre Bedeutung für die Bewohner, aber auch für die Einrichtung haben. Besonders interne Bewohnervertreter können sich dann in einer Sandwichposition zwischen Bewohnern und Einrichtungsleitung und auch einem Abhängigkeitsverhältnis zur Einrichtungsleitung befinden und somit ihre Arbeit nicht frei gestalten. Darüber hinaus kann ihre Kritik als lediglich persönliche Meinung aufgefasst werden. Externe Bewohnervertreter werden in einer solchen Situation möglicherweise eher als neutraler Ansprechpartner angesehen.

Als großes Problem wurden auch Leasingkräfte benannt, die aufgrund der Kürze ihrer Einsätze weder die Strukturen noch die Bewohner und die Bewohnervertretungen kennen und unterstützen bzw. bei Beschwerden nicht zu Lösungen beitragen können.

Als Erfolge ihrer Arbeit nannten die beiden Bewohnervertreterinnen, dass bei Pflegefehlern in den Einrichtungen nun sofort reagiert wird, die Räumlichkeiten und Zimmer nach den Wünschen der Bewohner gestaltet wurden, das Essen und die fachärztliche Versorgung besser und die Barrierefreiheit größer geworden sind. Zu ihren Erfolgen hat dabei nicht zuletzt große Beharrlichkeit beigetragen.

Zur Unterstützung ihrer Arbeit wünschen sich die Teilnehmerinnen Wertschätzung für die oft mühevollen Arbeit der Bewohnervertretungen von Seiten der Einrichtungen, aber auch zum Teil von Seiten der Bewohner. Als hilfreich angesehen wird die Einführung von regelmäßigen Sprechstunden.

Vor allem aber müsse es vermehrt Schulungen über Rechte und Pflichten von Beiräten geben - sowohl für Bewohner als auch für das Führungs- und Pflegepersonal. Nur wenn die Leitung und das Personal in den Einrichtungen informiert seien, könnten sie die Arbeit der Beiräte angemessen unterstützen. Auch der Austausch mit anderen Bewohnerbeiräten wird als hilfreich eingeschätzt und die Gründung eines Netzwerkes vorgeschlagen.

-

Darüber hinaus wurden Sanktionen, wie etwa das Aussetzen von Entscheidungen der Einrichtungsleitung, bei unterbliebener oder verspäteter Einbeziehung der Bewohnervertretung ange-regt.

3. Vortrag: Blick in die Niederlande - Klientenräte und ihr Einfluss auf die Lebensqualität in der Langzeitpflege, Frau José Emmerink-Broers, Valore Advies

Als Vertreterin des niederländischen LOC-Verbands, des Dachverbandes der „Klientenräte“, schilderte Frau Emmerink-Broers die weitreichenden Rechte der niederländischen Bewohner-vertretungen.

Den Vortrag finden Sie ebenfalls unter „Downloads“.

4. Vortrag: Die Mitwirkung der Bewohner in der Langzeitpflege in Deutschland, Herr Prof. Dr. Thomas Klie, Evangelische Hochschule Freiburg

Im Vorfeld der Veranstaltung hatte der Pflegebevollmächtigte der Bundesregierung ein Gutach-ten zum Thema „Aufgaben, Rechte und Möglichkeiten der Weiterentwicklung von Bewohner-vertretungen“ in Auftrag gegeben. Die Ergebnisse des Gutachtens wurden von Prof. Dr. Thomas Klie, der es angefertigt hat, vorgestellt. Das Gutachten stellt die Bedeutung der Heimmitwirkung als Instrument der Teilhabe, der demokratischen Mitgestaltung des eigenen Lebensraumes und als Verbraucherschutzinstrument heraus. Zugleich wird die stärkere Öffnung in die kommunale Gesellschaft gefordert, denn die Beiräte brauchen mehr Unterstützung durch Angehörige und engagierte Externe, um sich Gehör zu verschaffen. Die Landesheimgesetze sind hier gefragt, ein-fachere Möglichkeiten zur Einbindung von Externen zu schaffen.

Den Vortrag finden Sie ebenfalls unter „Downloads“.

5. Podiumsdiskussion: Wie können Bewohnervertretungen in Deutschland gestärkt werden? Teilnehmer/innen: Staatssekretär Andreas Westerfellhaus, Prof. Dr. Thomas Klie, José Emmerink-Broers, Ulrike Kempchen (BIVA)

Die Teilnehmer betonten die Bedeutung der Bewohnervertretungen für die Lebensqualität in Pflegeeinrichtungen. Und obwohl viele Bewohnervertretungen von einer guten Zusammenar-beit und Unterstützung durch die Einrichtungsleitung berichten, scheint es noch Luft nach

-

oben zu geben. Ulrike Kempchen mahnte an, dass für eine wirksame Bewohnervertretung zunächst die bestehenden gesetzlichen Vorgaben umgesetzt werden müssen. Hierbei müsse die von Frau Emmerink-Broers in ihrem Vortrag genannte Leitschnur, „im Sinne des Gesetzes, nicht nur aufgrund eines Gesetzes“ zu handeln, berücksichtigt werden.

In der Praxis bleibe die Unterstützung der Bewohnervertretungen durch die Einrichtungen noch vielfach hinter dem Wortlaut des Gesetzes zurück. So verweigern Einrichtungen zum Teil die Übernahme der Kosten von Beiratsschulungen, obwohl Landesgesetze dies vorsehen. Auch die Mitgliedschaft von Beiräten in einem Interessenverband muss in einigen Bundesländern vom Heim übernommen werden, erfolgt aber zu selten. Das Argument, solche Maßnahmen seien zu teuer und die Kosten müssten letztlich von den Bewohnern getragen werden, ist aber fadenscheinig. Denn immerhin tragen die Bewohner letztlich auch die Kosten für die Mitgliedschaft einer Einrichtung selbst, z. B. in Arbeitgeberverbänden. Als Schritt zur Stärkung der Bewohnervertretungen wurde deshalb ein eigenes Budget vorgeschlagen, damit sie in ihrer Arbeit unabhängiger sind.

Nicht zuletzt erschwert die ungleiche Gesetzgebung in den Ländern bezüglich der Heimmitwirkung die Umsetzung. Darüber hinaus berücksichtigen nicht nur gesetzliche Regelungen, sondern auch Einrichtungsleitungen und Pflegekräfte vor Ort oft nicht konsequent genug die besondere Lebenssituation der Bewohner von Einrichtungen der Langzeitpflege.

Staatssekretär Andreas Westerfellhaus dankte allen Teilnehmern für die engagierte Diskussion und sagte zu, die Hinweise aus der Veranstaltung, aber auch aus den Fragebögen, die von Bewohnervertretungen im Vorfeld bereits übersandt wurden, auszuwerten und für die Stärkung der Bewohnervertretungen nutzbar zu machen. Er versprach, das Thema weiter auf der Tagesordnung zu behalten und auch im nächsten Jahr zu einem erneuten Austausch einzuladen.